

Resolution: Keine Diskriminierung über Studiengebühren!

verabschiedet vom ausserordentlichen Parteitag der JUSO Kanton Zürich am 21. April 2010
zu Händen des Parteitages der SP Kanton Zürich vom 24. Juni 2010.

SP-Regierungsrätin Regine Aepli möchte die Studiengebühren für ausländische Studierende erhöhen. SP und JUSO Kanton Zürich verurteilen diese unsoziale und diskriminierende Idee aus der Feder der Sozialdemokratin Aepli und fordern sie dazu auf, sie umgehend zurückzuziehen und sich stattdessen für eine internationale und soziale Zürcher Bildungspolitik stark zu machen.

Kein Finanzierungsfaktor

Die von den Studierenden an die Universität Zürich (UZH) entrichteten Studiengebühren machen einen verschwindend kleinen Anteil am Gesamtbudget der UZH aus – nur gerade gut 2%. Eine Erhöhung der Studiengebühren kann also nicht als wirksamer Beitrag zur Finanzierung der Universität bezeichnet werden. Sie würde einzig und alleine der finanziellen Selektion der Studierenden dienen.

Selektion über die Brieftasche ist diskriminierend

Wir stehen für eine hochqualitative Bildung, die für alle zugänglich ist. Denn Bildung ist das wichtigste Gut unserer Gesellschaft und Grundlage für die gesicherte Zukunft junger Menschen. Ein Studium ist für viele Menschen bereits heute nur schwer finanzierbar. Durch die mangelhafte Umsetzung der Bologna-Reform wurde es vielen Studierenden zudem verunmöglicht, ihr Studium durch einen Nebenjob selber zu finanzieren.

Zürich ist ein teures Pflaster, insbesondere für ausländische StudentInnen, die logischerweise nicht mehr zu Hause wohnen können. Die direkte Folge einer Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende wäre deshalb, dass ihr Studium von der Brieftasche der Eltern abhängt. Nur noch wer reiche Eltern hat, könnte in der Schweiz studieren. Eine solche Selektion über die Brieftasche der Eltern ist mit der sozialdemokratischen Idee der Breitenbildung nicht vereinbar und führt zur offenen Diskriminierung von Menschen mit geringerem Einkommen.

Die Sozialdemokratie und ihre ExekutivvertreterInnen tragen Verantwortung für die Schwachen in unserer Gesellschaft und kämpfen für sie. Für Diskriminierung darf dabei kein Platz sein.

Internationale Universität steht für vielfältige Bildung und Forschung

Zusätzlich problematisch ist, dass ausländische Studierende gegenüber SchweizerInnen massiv benachteiligt werden. Der protektionistische Gedanke, die Anzahl ausländischer Studierenden an Schweizer Universitäten zu beschränken, gefährdet die Vielfalt und Bildungsqualität an unseren Universitäten. Viele Forschende und Lehrende an der UZH sind AusländerInnen und tragen so zu einer anregenden Durchmischung von kulturellen und intellektuellen Hintergründen im Forschungs- und Lehrangebot bei. Diese Diversität zu zerstören wäre fahrlässig und hätte schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Bildungsqualität.

Unsere Forderungen:

- **Keine Erhöhung der Studiengebühren!**
Studiengebühren benachteiligen finanziell Schwächere in ihren Bildungschancen. Sie auch noch mit der Diskriminierung von ausländischen Studierenden zu verbinden, ist inakzeptabel.
- **Keine Benachteiligung ausländischer Studierender!**
Bereits heute bezahlen AusländerInnen leicht höhere Studiengebühren. Dieser Zustand ist diskriminierend und muss angepasst werden. Bei den Studiengebühren darf es nicht um die Nationalität gehen.
- **Keine Sparmassnahmen auf dem Buckel der Studierenden!**
SP und JUSO setzen sich auf allen Ebenen für eine qualitativ hochstehende Bildung ein und wehren sich gegen unnütze Sparvorhaben von Seiten der Bürgerlichen. Sparmassnahmen dürfen nicht auf dem Buckel der Studierenden umgesetzt werden.